

Die Geldkrisen in den Kriegsjahren 1914/18 und die Ausgabe von Notgeld.

Die nachstehende Abhandlung, die das Statistische Amt hiermit der Öffentlichkeit — gewissermaßen als einen Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzgeschichte der Kriegszeit — unterbreitet, stützt sich auf ein dem Stadtmagistrat im Frühjahr 1917, in der Zeit der damaligen schweren Kleingeldkrise, erstattetes Gutachten.

Das deutsche Geldwesen befand sich im Frieden, kurz vor dem Ausflammen des großen Weltbrandes, den Sorten wie den Beträgen nach in guter Ordnung. Die Störungen im Münzumschlag, die auch in der Friedenszeit hin und wieder zu beobachten waren, waren nur von geringer Bedeutung und örtlich wie zeitlich eng begrenzt. Große, allgemeine, über das ganze Deutsche Reich sich erstreckende Störungen im Münzumschlag sind Deutschland in den letzten 40 Friedensjahren erspart geblieben.

Zur Abwicklung der Zahlungsverbindlichkeiten standen uns im Frieden zur Verfügung an Münzen die Kupfermünzen zu 1 und 2 Pfg., die Nickelmünzen zu 5, 10 und 25 Pfg., die Silbermünzen zu 50 Pfg., 1, 2, 3, 5 Mk., die Goldmünzen zu 10 und 20 Mk. (Kronen und Doppelkronen), an papierernen Geldzeichen die Reichsbanknoten sowie die Noten der bayerischen, württembergischen, sächsischen und badischen Notenbank zu 20, 50, 100, 500, 1000 Mk. und die Reichsbankassesscheine von 5 und 10 Mk. Ende März 1914 waren an deutschen Münzen¹⁾ vorhanden: 220 637 630 Doppelkronen, 70 667 240 Kronen, 54 804 720 Fünfm., 53 778 533 Dreim., 158 177 650 Zweim., 312 322 600 Einm., 189 907 800 Fünfzigpfennig-, 30 000 000 Fünfzigpfennig-, 657 716 000 Zwanzigpfennig-, 697 676 000 Zehnpfennig-, 443 255 000 Fünfpfennig-, 1 537 190 000 Einpfennigstücke, zusammen für 6 410 808 400 Mk. Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Dazu kommen 120 000 000 Mk. Reichsbankassesscheine, die Ende 1913 bestanden aus 4 Millionen Abschnitten zu 5 Mk. und 10 Millionen Abschnitten zu 10 Mk., ferner ein Banknotenumschlag von 2 753 227 500 Mk. Ende 1913, der zerfiel in 21 057 520 Noten zu 20 Mk., 5 213 432 zu 50 Mk., 16 547 225 zu 100 Mk., 42 690 zu 500 Mk. und 395 338 zu 1000 Mk.

Von den beiden Bestandteilen des deutschen Zahlungsmittelfonds der Friedenszeit, dem verhältnismäßig weniger beweglichen stabilen Faktor, bestehend aus den Münzen und den Reichsbankassesscheinen, und dem elastischen Teile, dem den Schwankungen des effektiven Zahlungsmittelbedarfs sich anschmiegenden Notenumschlag, hat der letztere in der hochentwickelten deutschen Volkswirtschaft der Vorkriegszeit eine erhebliche Bedeutung erlangt.

Eine ganz besondere Rolle muß der bewegliche Teil des deutschen Geldwesens im Kriege spielen, weil er das Instrument darstellt, vermittels dessen es in politisch bewegten Zeiten allein möglich ist, den gesteigerten Anforderungen nach Zahlungsmitteln gerecht zu werden. Daß dem Varmittelfonds in Metall- und Papiergeld im Frieden wie im Kriege die in Deutschland leider verhältnismäßig noch wenig verbreiteten Methoden des bargeldlosen Zahlungsausgleichs unterstützend zur Seite treten, sei nur nebenbei erwähnt. Einer der hervorragendsten Sachkenner in finanzpolitischen Fragen, der frühere Direktor der bayerischen Notenbank, von Stroell, gab im Herbst 1912 über das deutsche Geldwesen das Gesamturteil ab, die Zahlungsmittelfrage gäbe angesichts der energischen Reformarbeit der Reichsbank weder im Frieden noch für den Kriegsfall zu wesentlicher Unruhe Anlaß, wenn auch der bare deutsche Zahlungsmittelfonds im Frieden für Zeiten bewegter wirtschaftlicher Tätigkeit einiger-

maßen knapp geworden wäre, und es namentlich die Elasti-²⁾zität des Geldwesens sei, die mehr und mehr zu wünschen übrig ließe.

Einen schwachen Vorgeschmack von dem, was dem deutschen Geldwesen im Falle eines großen europäischen Krieges bevorstand, lieferte bereits das Jahr 1870. Am 25. Juni 1870 berichtete der Handelsvorstand zu Nürnberg an den Stadtmagistrat, daß bares Geld äußerst schwer, nur in geringen Beträgen und nur mit großen Opfern zu beschaffen sei, und daß er die Schaffung von Noten im Betrage von 3 500 000 Gulden für den einzigen Ausweg aus der schwierigen Lage halte. Am 29. Juli beschloß denn auch der Stadtmagistrat, unter gemeinschaftlicher Garantieleistung der Stadtgemeinde, des Handelsvorstandes und des Gewerbevereins Nürnberg verzinsliche Anweisungen über 1 und 2 Gulden bis zu 500 000 Gulden süddeutscher Währung ungesäumt auszugeben. Tatsächlich wurden freilich vom September bis November 1870 nur rund 100 000 Noten über je 1 Gulden gedruckt und davon nur 340 mit Nummern versehen. In den Verkehr gelangte überhaupt nicht ein einziger von diesen Scheinen. Durch die deutschen Siegeehrte das gewöhnliche Vertrauen bald zurück, Handel und Wandel kamen wieder in Gang, so daß man, wie es in den Akten so stimmungsvoll und behäbig heißt, „zum Andenken an eine überstandene Sorge“ die fertigen 340 Scheine an die Mitglieder der städtischen Kollegien, den Handelsverein, Gewerbeverein und andere Korporationen verteilen konnte. Wenn auch der Nürnberger Papiergulden vom Jahre 1870 mit in der Absicht geschaffen wurde, bedrängten Krisen des Erwerbslebens Kredit gewähren zu können — es war von dem Gesamtbetrag zu 500 000 Gulden die eine Hälfte zur Unterstützung von kleineren Gewerbetreibenden des Manufakturzweiges, die andere als Reserve für die Finanzierung unvorhergesehener und unabsehbarer Kommunalbedürfnisse bestimmt — so beweist allein die Tatsache der Schaffung der Geldzeichen doch, daß es damals neben den Finanzmitteln auch an Kassemitteln, an Geldzeichen zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs, fehlte. Daß man damals übrigens auch an anderen bayerischen Orten in Geldnöten war, das geht aus der am 16. September 1870 eingelaufenen telegraphischen Anfrage des Bürgermeisters von Regensburg hervor, wie lange die Nürnberger Noten zirkulieren dürften, und ob die öffentlichen Kassen in Nürnberg angewiesen seien, sie an Zahlungsmittel anzunehmen.³⁾

Welcher Unterschied zwischen damals und heute! Man glaubt sich in die stillen friedlichen Verhältnisse der guten alten Zeit versetzt, wenn man, noch unter dem frischen Eindruck der Erlebnisse der letzten 4 Jahre, die Schilderung über die Kriegsnöte des Jahres 1870 an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt. Damals ein kurzer und leichter Waffengang, nach unseren heutigen Begriffen nicht viel mehr als ein harmloser militärischer Spaziergang, im Jahre 1914 dagegen ein blutiger Zusammenstoß zwischen den mächtigsten Reichen der Erde und in der Folgezeit der Verzweiflungskampf im wesentlichen eines Volkes fast gegen die gesamte Welt.

Entsprechend den ganz anders gearteten Verhältnissen wirkte denn auch der Weltkrieg 1914/18 weit tiefer und nachhaltiger auf das Geldwesen Deutschlands ein als das weit weniger schwere Treffen des Jahres 1870. Deutschland wurde während des Krieges und in der Zeit des Waffenstillstandes im ganzen von 3 heftigen

¹⁾ Die folgenden Zahlen stellen die Differenz dar zwischen der bisher ausgeprägten und den wieder eingezogenen Mengen an Münzen. Die statistisch nicht erfassbaren, von privater Seite eingeschmolzenen oder sonst aus dem Verkehr gezogenen sowie die verloren gegangenen Münzen sind in den Zahlen mitinbegriffen.

²⁾ Näheres bei von Stroell, „Über den Zahlungsmittelbedarf Deutschlands“, im „Bankarchiv“ vom 15. September 1912.

³⁾ Aus: Otto Wolff, „Nürnberger Papiergulden und Wohlfahrtspflege im Jahre 1870“, Herbedingen und Barbeck, Nürnberg 1903.

Zahlungsmittelkrisen heimgesucht. Die erste trat zu Kriegsbeginn auf, die zweite währte vom Herbst 1916 bis zum Sommer 1917, und die dritte trug sich im Herbst und Winter 1918 zu.

1. Teil: Die Geldkrisen im Weltkriege 1914—1918.

A. Die Krisis im Sommer 1914.

Die Geldkrisis vom Juli, August und September 1914 war, so seltsam dies auch klingen mag, nachdem sich in dieser Zeit fast unvermittelt der Übergang von den geordneten Friedensverhältnissen in den doch mehr oder weniger improvisierten Kriegszustand vollzog, die schwächste und am wenigsten gefährliche unter den 3 Krisen der Schicksalsjahre 1914—1918.

Die Krise begann in der 1. Hälfte des letzten Julidrittels, als die Gefahr internationaler Verwicklungen immer bedrohlicher wurde, mit der massenhaften Abhebung der Spargelder und Bankdepotiten. Tolle Gerüchte, wie über die unvermeidbare Beschlagnahme der Spargelder, das sichere Vorbestehen einer Hungerstnot usw., schwirrten umher und erregten die Gemüter aufs heftigste. Im ganzen wurden den preussischen öffentlichen Sparkassen im Juli 1914 rund 31 Millionen Mk. entzogen. Bereits im August aber hatten sich die meisten Sparer glücklicherweise von der Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen überzeugt. In 9 Provinzen findet man in diesem Monat bereits wieder erhebliche Überschüsse der Neueinlagen über die Rückzahlungen, nur in Ost- und Westpreußen, die den Russeneinfall im August erlebten oder doch stark von ihm bedroht wurden, hielt die rückläufige Bewegung weiter an. Für ganz Preußen betrug der Überschuss der Neueinlagen über die Rückzahlungen im Monat August nicht weniger als 37,5 Millionen Mk.

Hand in Hand mit der Sucht, möglichst viel Bargeld zusammenzuraffen, ging der Wunsch, sich möglichst mit Gold- und Silbergeld einzudecken. Der Argwohn gegen das Papiergeld war so stark, daß man Banknoten oder Reichsstassenscheine im täglichen Verkehr zurückwies, und daß sich ein Disagio für das Papiergeld bildete. Nachrichten über derartige Vorkommnisse liegen z. B. vor aus Berlin, ferner aus Nordost- und Südbayern.

Den besten Gradmesser für den Umfang der Zahlungsmittel-schwierigkeiten bei Kriegsausbruch bilden die Zahlen über die Inanspruchnahme der Reichsbank in jener Zeit. Die „Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges“ (Reichstagsdrucksache Nr. 26 vom Jahre 1914) sagt darüber folgendes:

Die Ausstattung der zahlreichen Kassen der Heeresverwaltung, die bis ins einzelne vorbereitet war, vollzog sich glatt und ohne Schwierigkeiten; abgesehen von den erforderlichen Scheidemünzen und einem ganz geringfügigen Betrag in Gold wurden zu diesem Zwecke nur Banknoten verwendet.

Neben dem Bedarf der Heeresverwaltung und neben dem Ersatz der thesaurierten Metallbeträge durch andere Zahlungsmittel entwickelte sich nun aber infolge des durch die drohende Kriegsgefahr und den Kriegsausbruch bedingten allseitigen Strebens nach Abwicklung und Auseinandersetzung ein ganz außerordentlicher Bedarf des Verkehrs. Soweit es sich dabei um große und mittlere Zahlungsmittel handelte, konnte diesem Bedarf un schwer entsprochen werden. Die Folge war ein starkes Anwachsen des Notenumlaufs, der sich in der Bankwoche vom 24.—31. Juli von 1890,9 auf 2909,4, mithin um 1018,5 Millionen Mk., vom 1.—7. August einschließlich der an die Heeresverwaltung abgegebenen Beträge von 2909,4 auf 3897,2, mithin um 987,8 Millionen Mk., innerhalb der beiden Wochen also insgesamt um 2006,3 Millionen Mk. steigerte.

Große Schwierigkeiten bereitete hingegen die Versorgung des durch die Theasaurierung oder Zurückhaltung von Scheidemünzen und kleinen Scheinen ohnehin stark gestörten Verkehrs mit kleinen Zahlungsmitteln. An solchen standen der Reichsbank am 23. Juli 334,5 Millionen Mk. an Silber-, Nickel- und Kupfermünzen neben 65,5 Millionen Mk. an Reichsstassenscheinen zur Verfügung; dazu traten bis zum 7. August noch 35 Millionen Mk. an Reichsstassenscheinen, 5,8 Millionen Mk. als Ergebnis der Ausprägung von Scheidemünzen und 6 Millionen Mk. als Bestand der auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1913 gebildeten Silberreserve. Aus diesem an sich recht beträchtlichen Vorrat mußte jedoch zunächst der sehr erhebliche Bedarf der Heeresverwaltung gedeckt werden. Bereits am 7. August war der Bankbestand an Reichsstassenscheinen auf 28,4 und der Bestand an Scheidemünzen auf 118,1 Millionen Mk. gesunken, was einen Abfluß von insgesamt 300,3 Millionen Mk. ergibt.

Bei den geringfügigen Beständen der Reichsbank an Reichsstassenscheinen war es — nach dem Verwaltungsbericht der Reichsbank für 1914 — unmöglich, die ununterbrochen starke Nachfrage, insbesondere nach 10 Mk.-Scheinen, zu befriedigen, was zu fortgesetzten lebhaften Klagen und Beschwerden aus den Verkehrskreisen führte.

Im Reich war die Zahlungsmittelnot — abgesehen von den von der russischen Überflutung bedrohten Landstrichen des Ostens, von Elsaß-Lothringen und Rheinland-Westfalen, das für den Heeresbedarf mit in Anspruch genommen wurde, nach den deutschen Siegen in Belgien und Nordfrankreich im September so ziemlich wieder behoben. Schon im letzten Drittel des Monats August wurden die Meldungen über das Wiederhervortreten des Silbergeldes aus den Schlupfwinkeln häufiger.

In Nürnberg speziell scheint der Zahlungsmittelverkehr durch den Ausbruch des Weltkrieges nur verhältnismäßig wenig beeinträchtigt worden zu sein. Freilich sind auch unserer Stadt die Wirkungen der Panik, der Ansturm auf die Geldinstitute und das allgemeine Begehren nach Gold und Silbermünzen, nicht erspart geblieben. Über die damaligen Panikerscheinungen ist im Geschäftsbericht der städtischen Sparkasse für 1914 folgendes zu lesen: In der letzten Juliswoche kamen zahlreiche Sparer panikartig zur Sparkasse, um ihre Guthaben abzuheben. Am 25. Juli setzte der Ansturm ein und am 31. Juli erreichte er mit 1855 Posten und 176 000 Mk. Auszahlungen den Höhepunkt. Gleichzeitig gingen die Einlagen auffallend zurück. Während des Ansturms vom 25. bis 31. Juli waren die sonst zur Entgegennahme der Einlagen bestimmten Schalter sämtlich zur Abfertigung der Rückzahlungen benötigt. Der Andrang war mitunter so stark, daß zeitweise der Zugang zur Sparkasse abgesperrt und zur Aufrechterhaltung der Ordnung Schutzleute beigezogen werden mußten. Mit Eintritt des Kriegszustandes nahmen dann die Rückzahlungen rasch ab, und am 3. August überwogen bereits wieder die Einlagen. Im ganzen wurden in der Zeit vom 23. Juli bis 8. August rund 350 000 Mk. mehr abgehoben als eingezahlt.

Den Sorten nach scheint in Nürnberg vorübergehend ein Mangel an kleinen Noten und an Silbergeld bestanden zu haben. So klagte z. B. noch am 13. August der Handelsvorstand und der Ausschuß der Handelskammer über das empfindliche Fehlen von Silbergeld in Beträgen von 50 Pf., 1 und 2 Mk., wodurch Schwierigkeiten bei der Lohnauszahlung und der Aushändigung der zugesagten Unterstützungsgelder sich ergaben. Ende August war indessen die Geldflut in Nürnberg wieder so gut wie völlig behoben, die hiesigen Banken hatten, nach dem „Fränkischen Kurier“, schon am 7. August wieder befriedigende Rückflüsse. Ein gutes Zeichen für die relative Gunst der Lage in Nürnberg bedeutet die Mitteilung der Korpszahlungsstelle des III. Bayer. A.-K., daß sie über Zahlungsschwierigkeiten bei Kriegsausbruch nicht zu klagen hatte.

Einer der Hauptgründe für das Auftreten einer Zahlungsmittelnot bei Kriegsausbruch ist, was ja schon die Erfahrungen in den kritischen Tagen der Marokko- und Balkankrisen zur Genüge erwiesen, zu suchen in der leidigen Kriegshysterie. Auch sonst verständige und ruhige Leute werden in solchen Zeiten nur allzuleicht von der allgemeinen Erregung mit fortgerissen, die tollsten Gerüchte finden aufmerksame und gläubige Hörer und Verbreiter, kurz, die Voraussetzungen für den Ansturm auf die Geldinstitute sind gegeben. Daß der Angstbedarf an Zahlungsmitteln bei den Abhebungen im heißen Sommer 1914 eine erhebliche Rolle spielte, ist klar. Die unteren Schichten und weite Kreise des Mittelstandes fürchteten eben die Beschlagnahme ihrer Spargelder und Bankguthaben, viele glaubten, sich durch Auffpeicherung von Bargeld gegen die gefährlichen Möglichkeiten einer unsicheren Zukunft wappnen zu sollen, andere wieder waren der Meinung, die Banknoten und Reichsstassenscheine seien nunmehr gegenüber den Gold- und Silbermünzen nur mehr Geld zweiten Grades.

Zu dem „Angstbedarf“ gesellte sich dann noch ein nicht unerheblicher „wirklicher Bedarf“ an Zahlungsmitteln. So belief sich z. B. — nach einer Mitteilung der Reichsbank — der Bedarf der Heeresverwaltung an Zahlungsmitteln allein für die ersten 6 Mobilmachungstage auf nicht weniger als $\frac{1}{4}$ Milliarden Mk. Hierzu kam dann noch der Bedarf der Zivilbevölkerung. Die einkündenden Reservisten und Landwehrmänner mußten sich mit den notwendigen Gebrauchsgegenständen versehen, mancher führte außerdem einen gewissen Barbetrag als Reserve für alle Fälle mit sich. Die eine oder andere Familie schließlich hielt es für gut, zur Ermöglichung größerer Einkäufe sich eine gewisse Summe bereitzuhalten.

In Betracht kommt ferner noch ein anderer nicht ganz unwichtiger Gesichtspunkt. Der im Frieden üblich gewesene Kreditverkehr setzte nach der bedrohlichen Umbildung des politischen Horizontes im Juli 1914 aus, und an seine Stelle trat das primitive System des Barverkehrs. Dies zwang aber das Erwerbsleben, namentlich angesichts des allgemeinen Strebens nach geldlicher Auseinandersetzung, zu einer verstärkten Kassahaltung.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Zahlungsmittelnot lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen. Es kam an: 1. auf die Stärkung der Reichsbank, 2. auf die Bekämpfung der Panik, des Zurückhaltens von Gold und Silber, und der Abneigung gegen Papiergeld, 3. auf die Schaffung neuer Zahlungsmittel.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Reichsbank als der letzten Geldquelle des Landes mußte die erste Sorge nach der Verschärfung der internationalen Lage darin bestehen, die Stellung des Zentralnoteninstituts zu stärken und möglichst vor vermeidbaren Erschütterungen zu bewahren. Wenn dies gelang, dann durfte man hoffen, vermittle der Ausdehnung des Notenumlaufs dem hochgesteigerten Bedarf des Verkehrs an Zahlungsmitteln entsprechen zu können. Da nun die Grundlage für den Notenkredit die Metall-Geld bildet, so kam es vor allem darauf an, die Abwanderung von Gold aus der Reichsbank zu verhüten. Es geht, wie es in einem halbamtlichen Pressebericht vom 4. August 1914 so anschaulich heißt, „nicht an, daß die Reichsbank still hält, wenn eine kasslose Bank oder einfacher Unverstand, der nur noch das bare Geld im Kasten für sicher hält, in Zeiten des höchsten Ernstes ihre Schalter stürmt und die Metallschätze, die die Grundlage unserer Währung und unseres Zahlungsmittelwesens bilden sollen, in Strümpfen und Kellern, in Kommoden und Bankfases einsperren will“.

Der Absicht, die Goldbestände der Reichsbank und der Privatnotenbanken zu sichern, dienten die Reichsfinanzgesetze vom 4. August 1914.

Da die starke Erregung weiter Kreise der Bevölkerung in den Tagen vor Ausbruch der Mobilmachung einen Rückgang des Goldbestandes der Reichsbank um mehr als 100 Millionen Mk. mit sich brachte, so entschloß sich die Bankverwaltung am Nachmittag des 31. Juli, unmittelbar nach Erklärung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr, um weiteren, das öffentliche Interesse schädigenden Abflüssen vorzubeugen, zur allgemeinen Einstellung der Einlösung der Reichsbanknoten gegen Gold, eine Maßnahme, die in Widerspruch zu den Vorschriften des Bankgesetzes stand und die erst durch das Gesetz betreffend die Reichskassenscheine und Banknoten (RGBl. S. 347) vom 4. August 1914 legalisiert worden ist. Gleichzeitig wurden durch das Gesetz betreffend Änderung des Münzgesetzes (RGBl. S. 326) auch die Umwechslungsstellen, die bisher verpflichtet waren, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen in Gold umzutauschen, nämlich die Reichsbankhauptkassette in Berlin, die Kassen der Reichsbankhauptstellen in Frankfurt a. M., Königsberg und München, von dieser Verpflichtung entbunden. Um auch die Privatnotenbanken vor der Gefahr des Verlustes ihrer Goldbestände zu bewahren und ihnen die Möglichkeit zu schaffen, auch während des Krieges ihre geschäftliche Tätigkeit in dem bisherigen Umfange fortzusetzen, wurde in § 3 des Gesetzes betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten vom 4. August 1914 (RGBl. S. 347) bestimmt, daß diese Banken berechtigt sein sollten, Reichsbanknoten zur Einlösung ihrer Noten zu verwenden. Durch den § 1 des gleichen Gesetzes wurde ferner den Reichskassenscheinen die Eigenschaft gesetzlicher Zahlungsmittel verliehen, eine Eigenschaft, die den Reichsbanknoten bekanntlich schon durch Art. 3 des Gesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 515) zugesprochen worden ist.

Durch diese Maßnahmen der finanziellen Mobilmachung gelang es, den Goldschatz, der — dank den fortgesetzten Bemühungen der Reichsbank auf die Heranziehung von Edelmetall aus dem Auslande und durch die verstärkte Ausgabe von 20- und 50-Mk.-Noten (auf Grund des Gesetzes vom 20. Februar 1906) auch aus dem Inlandsverkehr — von 917 Millionen Mk. am 23. Juli 1911 auf 1357 Millionen Mk. am 22. Juli 1914 angewachsen war, vor einem Sinken unter den Bestand vom 31. Juli 1914 (1253 Millionen Mk.) zu bewahren. Ja es konnte — infolge der Überweisung des Reichskriegsschatzes in Höhe von 120 Millionen Mk. und der auf Grund des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 521) gebildeten Goldreserve in Höhe von 85 Millionen Mk., sowie infolge nicht unbedeutlicher Zuflüsse aus dem Auslande — der Goldschatz bis zum 7. August sogar bis auf 1478 Millionen Mk. gehoben werden.

In der Folgezeit, nachdem die starke Erregung der Bevölkerung, die Ursache der großen Goldabhebungen, geschwunden war, ging man dann daran, das Gold aus dem Inlandsverkehr der Reichsbank zuzuführen. Die öffentlichen Kassen, insbesondere auch die Kassen der Post- und Eisenbahnverwaltung, führten das bei ihnen einlaufende Gold an die Reichsbank ab, die Postverwaltung wies die Postanstalten an, Goldmünzen zwecks Ablieferung an die Reichsbank gegen Noten einzutauschen, wodurch es möglich wurde, der Reichsbank Gold auch in Orten zuzuführen, an denen sich eine Bankanstalt nicht befand. Auch die privaten Geldinstitute stellten sich in den Dienst der Sache. So erließen z. B. die Banken und Bankfirmen Frankfurts a. M. im August 1914 einen Aufruf zur Abführung geprägten oder Barren-goldes an die Reichsbank zwecks Verbreiterung der Unterlage für die Ausgabe von Banknoten.

Um die Reichsbank von einer nur für Friedenszeiten passenden lästigen Fessel zu befreien, wurden die Vorschriften über die Steuerpflicht des ungedeckten Notenumlaufs aufgehoben (§ 1 des Gesetzes betr. Änderung des Bankgesetzes vom 4. August 1914, RGBl. S. 327).

Die Maßnahmen zur Abschwächung des Panikbedarfs an Geld bestanden vornehmlich in dem Versuch, durch Ermahnung und Aufklärung beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, und weiter in der Rationierung der Auszahlung von Guthaben an den Kassenschaltern.

In Nürnberg hat die städtische Sparkasse schon auf die ersten Anzeichen einer Panik hin noch am Sonntag, den 26. Juli 1914, Abwehrmaßnahmen getroffen durch Vorbereitung von Umschlüssen über Sicherung der Sparguthaben, über die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse, über die Unrichtigkeit der Befürchtungen, die Anstalt werde geschlossen werden, sowie über die Unzweckmäßigkeit der Abhebung von Beträgen, die nicht unbedingt erforderlich sind. Wenn auch diese Vorkehrungen den Ansturm nicht aufzuhalten vermochten, so trugen sie, wie die Verwaltungsberichte, doch nach und nach wesentlich zur Beruhigung bei. Vom 29. Juli an hat die Sparkasse dann auf Einhaltung der Kündigungsfrist bestanden und in der Regel auf 1 Buch überhaupt nur mehr 100 Mk. ausbezahlt.

Ähnlich verfuhr auch im ganzen Reiche die Banken an ihren Schaltern. Sie haben Leuten, die viele Tausende gut hatten und ihre Guthaben verlangten, unter Berufung auf die Depositenverträge nur Teilsummen ausbezahlt und erklärt, daß der Ernst der Zeit solche außerordentliche Maßnahmen verlange. Eines der bekanntesten hiesigen Bankinstitute teilte uns z. B. mit, daß hier in Nürnberg, wo bei Kriegsausbruch die Deckung des mobilen Geldbedarfs der Beträgen wie den Sorten nach im allgemeinen glatt vor sich ging, und wo namentlich auch für den geschäftlichen Verkehr ausreichend Zahlungsmittel vorhanden waren, doch, um für alle Fälle gerüstet zu sein, übertriebenen, durch das Bedürfnis nicht gerechtfertigten Ansprüchen in den ersten Tagen eine Grenze gezogen werden mußte. Wenn die Abwicklung des großen Liquidationsprozesses bei Kriegsausbruch sich verhältnismäßig glatt vollziehen konnte, so ist das auch insofern nicht zum wenigsten ein Verdienst der Reichsbank, als sie in jahrelanger emsiger Friedensarbeit alles tat, um den Liquiditätsgrad der deutschen Kreditbanken zu erhöhen.

Über die Bemühungen, die weitere Thesaurierung von Münzen hintanzuhalten, das aufgespeicherte Gold und Silber wieder in den Verkehr zu bringen, und über die Versuche, die Abneigung gegen das Papiergeld zu verschleichen, liegen Nachrichten aus Berlin und aus Bayern vor.

So hat z. B. die Berliner Diskontogesellschaft im Interesse der Verhinderung der Thesaurierung von Gold am 8. August 1914 beschlossen, verschlossene oder versiegelte Pakete zur Aufbewahrung oder zur Einlegung in Schrankfächer nicht mehr anzunehmen, wenn der Überbringer das Paket auf Aufforderung nicht öffnet und den Inhalt vorzeigt. Enthält das Paket Hartgeld, insbesondere Gold, so ist die Aufbewahrung oder die Einlegung in die Safes zu verweigern. Ferner sollen Safesinhaber, die ihr Fach öffnen und unverschlossene Gegenstände einlegen wollen, dabei strengstens überwacht werden, damit sie nicht etwa Gold oder Scheidemünzen unbemerkt darin verwahren können. In Kirch i. B., wo es angesichts des hochgradigen Mangels an Silber kaum mehr möglich gewesen sein soll, die Unterstützungen an Arme und Kranke auszubahlen, hat die Stadtverwaltung am 6. August in einem Aufruf an die Einwohnerschaft mit Zwangsmaßnahmen gegen die Geldhamsterei (Hausfuchungen usw.) gedroht. In Berlin hat der Oberkommandierende in den Marken bereits am 2. August in einer Bekanntmachung sich gegen das „Verfahren zahlreicher Geschäftsinhaber und Gastwirte, das Papiergeld nicht voll in Zahlung zu nehmen“, gewandt. Die Bekanntmachung verpflichtete dazu, die Banknoten und Reichskassenscheine als vollwertiges Zahlungsmittel anzunehmen und bedroht die Zuwiderhandelnden mit der sofortigen Schließung ihrer Lokaltäten. Die stellvertretenden kommandierenden Generale des 1. und 3. Bayer. A.-K. sind am 3. und 7. August in der gleichen Weise vorgegangen.

Der Zahlungsmittelbestand der Reichsbank in Höhe von reichlich 7 Milliarden Mk. (Noten und Hartgeld zusammengekommen), über den die Reichsbank bei Kriegsausbruch verfügte, hätte unzweifelhaft ausgereicht, um jeden Bedarf an Umlaufmitteln zu decken, wenn nicht die sinn- und zwecklose Ansammlung von Hartgeld in weit höherem Umfange stattgefunden hätte, als man anzunehmen berechtigt war. So aber mußte, in der Zeit der höchsten Anspannung der Reichsbank seit ihrer Gründung, Ersatz beschafft werden für das in die Sparstrümpfe und die Banktresors eingelegte Gold- und Silbergeld. Wenn sich hieraus Hemmungen nicht ergaben für die Versorgung des Verkehrs mit großen und mittleren Noten, so lag das an der Bereitstellung erheblicher Vorräte von großen (1000 und 100 Mk.) und an mittleren (50 und 20 Mk.) Noten durch die Reichsbank für kritische Zeiten. Schwierigkeiten bereitete hingegen die Versorgung des durch die Zurückhaltung von Scheidemünzen und kleinen Noten stark gestörten Verkehrs mit kleinen Zahlungsmitteln. Einige Verbesserung erwartete man zunächst von der vermehrten Ausprägung

kleiner Zahlungsmittel, vor allem von 50 Pfg.- und 1 Mk.-Stücken, sowie von der Ausgabe des neuen Reichsnotgelbes, der Darlehenskassenscheine zu 5, 10, 20 und 50 Mk., von deren im Augenblick wichtigsten Kategorie, den Darlehenskassenscheinen zu 5 Mk., die ersten Stücke bereits am 8. August in den Verkehr gelangten. Allein, trotzdem vom 8.—31. August mehr als 69 Millionen Mk. in Darlehenskassenscheinen, fast 19 Millionen Mk. in Reichskassenscheinen, und über 77 Millionen Mk. in Scheidemünzen, zusammen rund 165 Millionen Mk., dem Verkehr zugeführt wurden, war ein Nachlassen des Bedarfs kaum erkennbar. So beschloß denn der Bundesrat am 31. August 1914, um Abhilfe zu schaffen, die Reichsschuldenverwaltung zur Ausstellung von Darlehenskassenscheinen auf Beträge von 2 und 1 Mk. zu ermächtigen (RGBl. S. 393). Bereits in der ersten Septemberwoche begann die Reichsdruckerei mit der Lieferung dieser kleinen Scheine, die zunächst zur Ausstattung der Plätze verwendet wurden, die gemeindliches oder privates Notgeld ausgegeben hatten, und zwar in der Absicht, die Einziehung dieses Notgelbes zu ermöglichen.

Die Gesamtsumme der vom 24. Juli bis zum 31. Oktober 1914 durch die Reichsbank in den Verkehr geleiteten kleinen Zahlungsmittel (Scheidemünzen, Reichs- und Darlehenskassenscheine) belief sich — einschließlich des Bedarfs der Heeresverwaltung — auf 683 Millionen Mk.

B. Die Kleingeldkrisis vom Herbst 1916 bis zum Sommer 1917.

Nach der Überwindung der Zahlungsmittelschwierigkeiten im Sommer 1914 ist das deutsche Geldwesen fast 2 Jahre lang vor ernststen Erschütterungen bewahrt geblieben. Es war dies neben der andauernden Gunst der militärischen und politischen Lage namentlich auch die Folge einer sich stetig steigenden Flüssigkeit des Geldmarktes, hervorgerufen durch die Bezahlung der großen Heereslieferungen seitens des nunmehr bedeutendsten Arbeitgebers, der Heeresverwaltung. Die in der Zeit von Herbst 1914 bis zum Herbst 1916 aufgetretenen Schwierigkeiten in der Bereitstellung ganz kleiner Zahlungsmittel waren im ganzen nichts weiter als herzlich unbedeutende Ausnahmen, die nur die Regel bestätigten.

Der fortwährend noch ziemlich starke Bedarf an kleinen Geldzeichen veranlaßte die Reichsbank, von den ihr zur Verfügung stehenden Darlehenskassenscheinen fortgesetzt Beträge an kleinen Abschnitten weiter in den Verkehr zu geben, so daß Ende April 1915 der Umlauf an Abschnitten zu 1 Mk.: 90,5 Millionen Mk., zu 2 Mk.: 167,4 Millionen Mk., zu 5 Mk.: 362,5 Millionen Mk., zu 20 Mk.: 28,9 Millionen Mk., zusammen 649 Millionen Mk., betrug.

Die im weiteren Verlauf der Kriegsmomente auffallend angewachsene Nachfrage nach Wertabschnitten zu 10 Mk., die schon im Frieden zeitweise beobachtet wurde, und die nunmehr bis tief ins Jahr 1915 hinein zahlreiche Beschwerden seitens der Heeresverwaltung und aus Handelskreisen laut werden ließ, hing zusammen mit der Zirkulation der 10-Mk.-Stücke aus dem Verkehr, ohne daß papierene Geldzeichen gleichen Nennwerts in ausreichender Menge als Ersatz zur Verfügung gestellt worden wären. Die Rückflüsse an Kronen aus dem Verkehr beliefen sich von Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1915 auf nicht weniger als 411 Millionen Mk.. Zur Abhilfe erging das Gesetz vom 22. März 1915 betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mk. (RGBl. S. 179), wodurch die Reichsbank ermächtigt wurde, Banknoten zu 10 Mk. auszufertigen und auszugeben, und worin gleichzeitig bis zur Fertigstellung solcher Noten eine vorübergehende Erweiterung der Ausgabe von Reichskassenscheinen zu 10 Mk. bis zur Höhe von 120 Millionen Mk. genehmigt wurde. Unter der Einwirkung dieses Gesetzes trat die Reichsbank in das Jahr 1916 mit einem Bestand an Reichskassenscheinen von 33 Millionen Mk. (29,4 Millionen in Abschnitten zu 10 Mk., 3,6 Millionen in Abschnitten zu 5 Mk.) ein, während sie 1 Jahr zuvor nur 3,8 Millionen Mk. besessen hatte. Im Jahre 1915 führte sie dem Verkehr den ansehnlichen Betrag von 93,6 Millionen Mk. an Reichskassenscheinen zu 10 Mk. zu.

Nicht voll ausreichend war ferner im Berichtszeitraum der Bestand an Scheidemünzen, was gegen Ende des Jahres 1915 einen empfindlichen Mangel an Nickel- und kleinen Kupfer- und Silbermünzen hervorrief. So verfügte z. B. die Reichsbank am 30. September 1915 an 10 Pfg.-Stücken über einen Bestand von nur 188 000 Mk., an 5 Pfg.-Stücken (einschließlich der eisernen) von 193 000 Mk. Der Grund der Knappheit ist zu erblicken in dem Abfließen namhafter Beträge in die besetzten Gebiete von Belgien, Frankreich und Rußland, und in dem Festhalten der Münzen im dortigen Zahlungsverkehr. Man suchte dieser Schwierigkeiten Herr zu werden durch verstärkte Ausprägungen von ½ Mk.-Stücken und durch Herstellung von 10 Pfg.-Stücken aus Eisen.

Den besten Beweis für die günstige Lage unseres Zahlungsmittelwesens in den ersten beiden Kriegsjahren liefern die Zahlen über die Inanspruchnahme des elastischen Teils unseres Zahlungsmittelfonds in dieser Zeit. Ein Blick auf die Wochenausweise der Reichsbank zeigt, daß der Notenumlauf, wenn

er auch im großen und ganzen eine steigende Richtung verfolgte, sich doch in Zickzacklinien aufwärts und abwärts bewegte. Gerade diese Schwankungen, die namentlich zu den Terminen in einem starken Ansteigen und nachher in einem starken Abfallen Ausdruck finden, lassen erkennen, daß die normale Entwicklung andauerte, in die unser Wirtschaftsleben bald nach Kriegsbeginn einlenkte, daß der Notenumlauf sich dem wechselnden Verkehrsbedarf anpaßte, und daß selbst so ungewöhnliche Zahlungsvorgänge wie die Einzahlungen auf die Kriegsanleihen ohne Schwierigkeiten abgewickelt wurden.

Der seit Kriegsausbruch, wie festgestellt, nie völlig verschwundene Mangel an ganz kleinen Geldzeichen schwoll im Spätsommer des Jahres 1916 fast unvermittelt zu besorgniserregender Höhe an. Die hartnäckige, überaus ernste Kleingeldkrisis der Jahre 1916/1917 mit ihrem bedrohlichen allgemeinen Mangel namentlich an 5, 10 und 50 Pfg.-Stücken setzte ein. Der Notstand, der sich mehr und mehr verstärkte, erreichte seinen Höhepunkt im Winter 1916/17, und erst das Frühjahr 1917 leitete allmählich die rückläufige Bewegung ein, die sich dann im Sommer 1917 zu einem deutlichen Abebben der Geldalamität verstärkte.

Bezeichnend für die Zustände in Nürnberg ist die Erklärung der Bayerischen Staatsbank vom November 1916 gegenüber einer hiesigen öffentlichen Kasse, daß es ihr nicht möglich sei, den vielfachen Nachfragen nach kleiner Münze auch nur annähernd zu entsprechen. Hiesige Geschäftsleute klagten, daß sie oft in einer Woche ½ Duzendmal vergeblich um Kleingeld zu ihrer Bank sandten. Charakteristisch für den Ernst der Lage im Reich ist die Tatsache, daß das Reichsbankdirektorium durch die Handelskammern und andere wirtschaftliche Interessenvertretungen geradezu beauftragt wurde mit Eingaben um Bekämpfung der Geldhemme, daß in den Stadtparlamenten in allen Teilen des Reiches die Zahlungsmittelknappheit nicht mehr aus der Diskussion verschwand, daß im Reichshaushaltsausschuß und im Plenum des Reichstags die Angelegenheit zur Sprache kam, daß der bayerische Städteverband eingehend über den Gegenstand beriet u. dgl. m.

Deutlich erhellt der Umfang und die Stärke der Erschütterung unseres Zahlungsmittelwesens in jener Zeit aus den Veröffentlichungen über die Inanspruchnahme der Reichsbank. So betrug z. B. der Bestand der Reichsbank an Scheidemünzen (Silber, Nickel, Eisen, Kupfer, Aluminium) vom 7. November 1916 bis zum Mai 1917 nur mehr rund 16 Millionen Mk. gegen 32 Millionen Mk. zu Beginn des Jahres 1916 und fast 47 Millionen Mk. am 23. März 1916, ein Tiefstand, der vorher niemals erreicht worden war, selbst nicht in der kritischen Zeit beim Einsetzen des allgemeinen Schreckens vor Kriegsausbruch. An Reichskassenscheinen besaß die Reichsbank Anfang 1916: 33 Millionen Mk., am 23. März 1917: 48 Millionen Mk., am 23. September 1917 dagegen nur noch 29 Millionen Mk., in der letzten Septemberwoche 14 Millionen Mk. und am Jahresabschluß 7½ Millionen Mk., von denen noch dazu fast 4 Millionen Mk. für den Umlauf nicht mehr geeignet waren. Im Jahre 1917 war der Rückfluß von Reichskassenscheinen in die Tresors der Reichsbank gleichfalls nur gering, so daß nahezu die ganze durch die Reichsschuldenverwaltung ausgegebene Summe an Reichskassenscheinen — 320 Millionen Mk. in Abschnitten zu 10 Mk. und 40 Millionen Mk. in Abschnitten zu 5 Mk. — sich andauernd im Verkehr hielt. Der Umlauf an Darlehenskassenscheinen im freien Verkehr mußte unter der Einwirkung des großen Bedarfs an Zahlungsmitteln, namentlich an kleinen, von 972 Millionen Mk. am 31. Dezember 1915 auf 2873 Millionen Mk. Ende des Jahres 1916 und 6264 Millionen Mk. im Dezember 1917 ausgedehnt werden.

Auf den Notenumlauf selbst scheint die Geldkrisis nur wenig eingewirkt zu haben, wie ein Blick auf die Zahlen in den Wochenausweisen lehrt. Der Notenumlauf, der betrug am 31. Juli 1914, dem letzten Ausweistage vor Kriegsausbruch, 2909 Millionen Mk., Ende 1914: 5046 Millionen Mk., Ende 1915: 6918 Millionen Mk., Ende 1916: 8055 Millionen Mk., Ende 1917: 11468 Millionen Mk., wuchs in der kritischen Zeit von Ende August 1916 bis Anfang Juni 1917 von 7118 Millionen Mk. auf 8255 Millionen Mk. an, eine Entwicklung, die umso weniger als außergewöhnlich anzusehen ist, als auch die Veränderungen der Zahlen von Woche zu Woche kein krisenhaftes Bild ergeben. Das Anschwellen des Notenumlaufes in der fraglichen Zeit scheint vielmehr in der Hauptsache auf den schon vorher wirksam gewesenen allgemeinen Ursachen zu beruhen, z. B. dem Ersatz der aus dem Verkehr gezogenen metallischen Geldzeichen durch Noten (Zurückhaltung der eingehenden Kronen und Doppelkronen bei der Reichsbank, Bezahlung von Auslandslieferungen durch Noten und Gold), der Verbreitung und Förderung der Barzahlungsgewohnheiten in der Heimat (allgemeine Rückbildung des Kreditverkehrs der Friedenszeit zum Barverkehr, Abnahme des Wechselumlaufs, Notwendigkeit der verstärkten Kassahaltung durch den verschärften Wettbewerb um die Waren, der Teuerung usw.), der Zunahme des Umlaufgebietes der deutschen Geldzeichen (Versorgung der immer größer gewordenen besetzten Gebiete im Osten und Westen mit Zahlungsmitteln 2 Milliarden Mk. bis August 1916, Landstriche,

in denen durch das Darniederliegen des Bankverkehrs die Umlaufgeschwindigkeit der Noten und deren Rückfluß in die Heimat nur gering war, Verforgung der weit zerstreut liegenden Heere usw.). Angstthesaurierungen von Banknoten dürften hiernach, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Umfange vorgekommen sein.

Die langersehnte Erlösung von der drückenden Plage im Frühjahr 1917 war die Folge nicht zum wenigsten der Ankündigung des Reichsschatzamtes, die umlaufenden oder vielmehr gehämsterten Nickel- und Silbermünzen außer Kurs zu setzen. Während die Reichsbank am 30. April 1917 über rund 17 Millionen Mk. an Scheidemünzen verfügte, stieg der Bestand an solchen seit Anfang Mai von Woche zu Woche, so daß sie am 31. Dezember 1917 über 181 Millionen Mk. an Scheidemünzen besaß.

In Nürnberg speziell, wo der Mangel an kleinen Geldzeichen erstmals im Herbst 1916 sich stärker fühlbar zu machen begann, setzte die Besserung im Mai 1917 ein. Es war in der zweiten Halbjahres 1917 bei der städtischen Straßenbahn Nürnberg-Fürth der Eingang an 5 Pfg.-Stücken um 50 Prozent, der Zufluß an 10 Pfg.-Stücken um 100 Prozent, und der Eingang an 50 Pfg.-Stücken um 800 Prozent höher als in der ersten Hälfte des gleichen Monats. Die erste Notiz über das Wiederauftauchen des Silbergeldes im Verkehr fand sich wohl im Fränkischen Kurier vom 19. Mai 1917. Das Blatt schrieb, das Silbergeld beginne wieder in größeren Beträgen beim Publikum zu rollen und es ginge besonders an öffentlichen Kassen, z. B. der Sparkasse, in Menge ein. Am 25. Mai konnten dann, so schrieb das gleiche Blatt, in einzelnen Postämtern seit langer Zeit zum ersten Mal wieder Silbergeldrollen hergestellt werden.

Unter dem Kleingeldmangel der Jahre 1916/17 litten naturgemäß am meisten die Großstädte. Die Kleinstädte und das platteland empfanden den Mangel im allgemeinen weit weniger. Wesentliche periodisch auftretende Stärkeunterschiede hat die 2. Notgelperiode in Nürnberg nicht erkennen lassen, wenn sich auch der Notstand zu Zeiten der Lohn- und Gehaltszahlungen, am Wochenende, an den Monats- und Quartalsfesten etwas stärker als sonst fühlbar machte. Die außerordentliche Knappheit an kleinen Geldzeichen hat dem gesamten Wirtschafts- und Verkehrsleben die schwersten Unannehmlichkeiten und Hemmnisse bereitet. Die ganze Bevölkerung, alle Erwerbsstände, Handel, Industrie und Gewerbe-Banken, Verkehrsanstalten, vor allem auch die Kleinhandels-treibenden und das Gastwirtsgewerbe, empfanden die tausenderlei Unzuträglichkeiten, die der Mangel mit sich brachte, täglich immer wieder von neuem. Wohin sich auch das Auge wandte, überall, an den Schaltern der Post und Bahn, in der Straßenbahn, an den Theaterkassen, in den Warenhäusern, den Lebensmittel-läden, den Gasthäusern und Restaurants, fiel der Blick auf die betrüblichen Wirkungen des fatalen Missetandes. In der schlimmsten Zeit war es so weit gekommen, daß man beim Fehlen kleiner Geldforten Lebensmittelgeschäfte und Straßenbahn, Gasthäuser usw. unverrichteter Dinge wieder verlassen mußte, in den Gasthäusern erscholl nicht selten gleich beim Eintritt die Frage, ob man kleine Geldzeichen bei sich habe. In Berlin waren noch im April 1917 die Schaffnerinnen der Straßenbahn, die in den Depots bei der Ausfahrt 5 Mk. Kleingeld mitbekamen, schon am Vormittag nicht mehr in der Lage, auf 1 Mk. herauszugeben, bei der Post weiterten sich die Schalterbeamten dauernd, Kleingeld abzugeben, wodurch die Schaltergäste gezwungen waren, mehr Marken zu nehmen, als ursprünglich in ihrer Absicht lag. In Berlin war, nach der Deutschen Tageszeitung vom 4. Mai 1917, der Mangel an Kleingeld soweit gediehen, daß die Einwechselung kleiner Münzen nur gegen fortgesetzt steigendes Aufgeld möglich war.

Die landläufige Auffassung über die Ursachen des Notstandes, wonach die Schuld liege hauptsächlich mit an der Erweiterung des Umlaufgebietes des Geldes, an dem Anwachsen des Bedarfs an kleiner Münze infolge des gesteigerten Heeresbedarfs, der mannigfachen Kriegerunterstützungen, den zahlreichen Wohltätigkeitsaktionen, durch die das Kleingeld unnötig lang in den Büchsen usw. vom Verkehr ferngehalten werde, der zunehmenden Verwendung von Münzen zu gewerblichen Zwecken, dem Hinterbühnenhandel von Metallgeld, namentlich von Silber, ins Ausland usw. vergißt, daß ein Ausnahmezustand nicht beruhen kann auf Kräften, die auch schon in ruhigen Zeiten wirksam sind. Wenn auch zuzugeben ist, daß der eine oder andere dieser Gründe — ferner auch die Zurückhaltung des Silber- und Nickelgeldes durch die Reichsbank, die fortschreitende Rationierungspolitik, die den Einkauf von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen in Friedenszeiten unmöglich machte, usw. — das Übel verschärft hat, so steht andererseits doch auch fest, daß der eigentliche Grund für die Katastrophe in der Hamsterei zu suchen ist, in der psychologisch verständlichen und auch bei anderen Gelegenheiten schon zur Genüge beobachteten Sucht der Menschen, von Gegenständen besonderer Wertschätzung oder von Dingen, die beginnen knapp zu werden, möglichst viel zusammenzuraffen, sei es aus Angst, sei es auf Grund rein wirtschaftlicher Erwägungen und Überlegungen.

Nach dem Aufhören der umfangreichen Goldaufspeicherungen bei Kriegsausbruch kam das Silber an die Reihe. Namentlich

auf dem Lande soll die Silberhamsterei im Schwunge gewesen sein. So berichtete z. B. der Abgeordnete Freiherr von Haller im bayerischen Landtag, er habe eines Tages in einer Wirtschaft im Allgäu einen Mann mit einem dicken Sack gesehen, der, wie sich bei dessen Entleerung auf den Tisch herausstellte, eine große Menge von 5, 3, 2, 1 Mk.- und 50 Pfg.-Stücken enthielt. Professor J a s t r o w von der Universität Berlin erzählte am 4. April in der Bessischen Zeitung, es habe ihm neulich, als er in einem Laden seine Geldbörse öffnete, in der sich etwas Silber befand, ein fremder Herr gefragt, ob er ihm nicht Silber gegen Papier geben könne. Auf seine Frage, wozu er es brauche, meinte er, wenn er Silber hätte, dann könne er in Westpreußen Speck und Schinken einkaufen, denn die Bauern gäben derartiges nur gegen klingende Münze her. Vor kurzem habe er (Jastrow) ferner einen Fall erfahren, wo Silber für eine Sommerreise zu Verwandten nach Dänemark gesammelt wurde, „weil dort unser Papier nicht genommen wird“. Im Mai 1917 schrieb ein Berliner Blatt, eine große Berliner Behörde habe die Beweise in Händen, daß das Kleingeld meistens auf dem Lande zurückgehalten werde; auch wisse es aus eigener Erfahrung, daß Urlauber, die als Schipper auf das Land kommandiert würden, sich reichlich mit kleiner Münze eindecken, da der Bauer das Papiergeld nicht nähme. Zu diesen Feststellungen paßt gut die folgende Nachricht aus dem bayerischen Wald. Es sollen, Zeitungsnachrichten zufolge, z. B. beim Postamt in Zwißel im Januar 1918 im Zusammenhang mit der Außer Kurssetzung der 2 Mk.-Stücke tagtäglich mehrere Tausend Mk. in Silber, hauptsächlich in 2 Mk.-Stücken, eingegangen sein. Gut wird die Silberhamsterei auch illustriert durch die Tatsache, daß eine Frau 1000 einzelne Markstücke in der Annahme brachte, daß auch diese ungültig würden, und durch den weiteren Vorfall, daß damals auch die 5 Mk.-Stücke, die schon seit mehreren Jahren ganz verschwunden waren, wieder zum Vorschein kamen. Es soll auch beobachtet worden sein, daß Kriegsgefangene die Auszahlung ihrer Löhne in Silber verlangten.

Durch die umfangreichen Thesaurierungen von Silber, für das man die tollsten Verstecke, in einem Falle eine hohle Gardinengänge, wählte, nahm selbstverständlich auch die Not an Nickel-, Eisen- und Kupfermünzen, die zudem, wenn auch in geringerem Maße als Silber, gleichfalls gehämstert wurden, immer mehr zu. Man darf ferner nicht übersehen, daß beim Knappenwerden des Kleingeldes die Banken, Verkehrsanstalten, Fabriken usw. gezwungen waren, um den eigenen Bedarf wenigstens notwendig decken zu können, das bei ihnen eingehende Kleingeld als Reserve für alle Fälle zurückzuhalten.

Die Bestrebungen zur Bekämpfung der Zahlungsmittelnot der Jahre 1916/17 zielten ab 1. auf die Vermehrung der Umlaufsmittel überhaupt, 2. auf die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Münzen und Scheine und 3. auf die Verminderung des Bedarfs an baren Geldzeichen.

Die deutschen Münzstätten waren nach der Erklärung des Leiters des Reichsschatzamtes während des Krieges unausgesetzt bemüht, durch vermehrte Neuprägungen dem Mangel an kleiner Münze abzuwehren. Leider standen diesen Bestrebungen wachsende Schwierigkeiten personeller und materieller Art entgegen. So fehlte es z. B. mehr und mehr an geübten Arbeitskräften und an Prägemetall. Das Silber mußte bei seiner Bedeutung für die Notenbedeckung in den Gewölben der Reichsbank konzentriert werden, an Nickel bestand dauernd ein erheblicher Bedarf und für die Behebung des Mangels an Kupfermünzen kam in Betracht, daß die Heeresverwaltung nicht in der Lage war, weitere Mengen Kupfer und Zinn zur Verfügung zu stellen. Es blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als seine Zuflucht zu Ersatzmetallen zu nehmen, zum Eisen (weißes Siemens-Martin-Stahl mit geringem Kohlenstoffgehalt), zum Aluminium und zum Zink. Es wurden bis Ende 1917 über die im Münzgesetz vom 1. Juni 1909 für die Nickel- und Kupfermünzen bestimmte Grenze (2,5 Mk. für den Kopf der Bevölkerung) hinaus zur Prägung zugelassen: je 5 Millionen Mk. 5 Pfg.-Stücke aus Eisen im August 1915 (RGBl. S. 541) und im Mai 1916 (RGBl. S. 369), weitere 10 Millionen Mark 5 Pfg.-Stücke aus Eisen im Dezember 1917 (RGBl. S. 1098), 10 Millionen Mk. 10 Pfg.-Stücke aus Eisen im Dezember 1915 (RGBl. S. 844) und 5 Millionen Mk. 10 Pfg.-Stücke aus Eisen im Mai 1916 (RGBl. S. 379), endlich noch 2 Millionen Mk. 1 Pfg.-Stücke aus Aluminium im September 1916 (RGBl. S. 1301). Zur Prägung außerhalb der im Münzgesetz gezogenen Grenze, jedoch zum Ersatz für einzuziehende Geldzeichen, wurde angeordnet: im Februar 1917 (RGBl. S. 156) die Herstellung von 20 Millionen Mark 5 Pfg.-Stücken aus Aluminium als Ersatz für einzuziehende 5 Pfg.-Stücke aus Nickel, im März und Dezember 1917 (RGBl. S. 282, 1089) die Anfertigung von je 10 Millionen Mk. 10 Pfg.-Stücken aus Zink zum Ersatz für einzuziehende 10 Pfg.-Stücke aus Nickel. Zur Beschaffung des Prägemetalls für die für den Verkehr dringend erforderliche Herstellung von 50 Pfg.-Stücken wurden mit Wirkung bis 31. Dezember 1917 die silbernen 2 Mk.-Stücke, die beim Umlauf von 3 und 1 Mk.-Stücken sowie von Darlehens-kassenscheinen von 2 und 1 Mk. am ehesten entbehrt werden können,

außer Kurs gesetzt (RGBl. S. 625). Die u. a. auch von der Handelskammer Nürnberg angeregte Schaffung eines Darlehensfahrscheinens zu 50 Pfg. hat sich aus überwiegend technischen Gründen leider nicht bewerkstelligen lassen.

Nach einer Mitteilung des Reichsschatzamts vom Juni 1917 an die Handelskammer Nürnberg bezifferten sich bis dahin die Neuprägungen von 1 Mk., 50, 10 und 5 Pfg.-Stücken seit Kriegsausbruch auf nicht weniger als 126 Millionen Mk.

Zur Erschwerung des Einschmelzens von Gold- und Silbermünzen und der Verarbeitung eiserner Scheidemünzen zu Schmuckgegenständen (z. B. Uhrketten) wurde durch Bekanntmachung vom 10. Mai 1917 ein allgemeines Verbot der Verarbeitung von Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung sowie des Freihaltens von Gegenständen, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, erlassen.

Über die während der Krisis 1916/17 in Anwendung gelangten Geldersatzmittel ist, wenn man vom Notgeld, das in einem besonderen Abschnitt behandelt werden wird, absieht, nur wenig zu sagen. Von mehreren hiesigen Gasthäusern ist bekannt geworden, daß man dort Biermarken als Wechselgeld benützte, die städtische Sparkasse und die Kriegsfürsorgestellen haben die Sparmarken der Sparkasse als Zahlungsmittel verwendet. Eine große Rolle als Geldersatzmittel hat in der kritischen Zeit in Nürnberg wie wohl überall im Reich die Briefmarke gespielt. Allein, daß die allgemeine Verwendung der Postwertzeichen an Geldesstatt zu beträchtlichen Unzuträglichkeiten führen mußte, das war vorauszu sehen.

Die Briefmarken können bei ihrem kleinen Formate und ihrem geringen Gewicht leicht verloren gehen, die gummierte Rückseite erweist sich beim Gebrauch als unbequem; auch werden die Marken bei starker Benutzung rasch unansehnlich. Für die am häufigsten verwendete 10 Pfg.-Marke hatte man ferner infolge des neuerdings erhöhten Briefportos nicht immer die geeignete Verwendung. Wie die Postverwaltung angibt, verursachte der allgemeine Gebrauch der Briefmarke als Geldersatzmittel schließlich auch verschiedene Unzuträglichkeiten im Postverkehr selbst (Nacherhebungen von Porto, Auseinanderlegungen mit den Aufgebern, Portohinterziehungen usw.). Schwerer fällt wohl die hygienische Seite der Sache ins Gewicht. Die allgemeine Benutzung von Postwertzeichen, die durch viele, nicht immer ganz reine Hände gehen, begünstigt, namentlich bei der endgültigen Benutzung zur Frankierung, die Übertragung der Erreger ansteckender Krankheiten.

Als Beispiel für die Maßnahmen zu möglichster Beschleunigung des Münzumschlages ist hinzuweisen auf die Anordnungen der Regierung und der Stadtverwaltung auf raschere Entleerung der mannigfachen Arten von Automaten, der Behälter von Wohltätigkeitskassen usw. So hat die Kreisregierung von Mittelfranken im Jahre 1917 die zur Sammlung vermittelst Sammelbüchsen zugelassenen Sammelunternehmungen verpflichtet, die Sammelbüchsen wenigstens einmal in der Woche zu entleeren. Der Vollzug dieser Anordnung war durch die Polizeibehörden zu überwachen. Die raschere Entleerung der zahlreichen in den Haushaltungen angebrachten städtischen Gasautomaten, die erfahrungsgemäß bei der Öffnung stets ansehnliche Mengen von 10 Pfg.-Stücken enthalten, ließ sich infolge des großen Personalmangels und wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten nicht durchführen. Von welcher Bedeutung die rasche Entleerung der Gasautomaten gewesen wäre, das zeigt folgender Vorfall. In Mannheim unternahm die Lehrer im Februar 1917, als die Schulen wegen Kohlenmangels geschlossen waren, die rückständige Entleerung der Gasautomaten mit dem überraschenden Ergebnis, daß dadurch rund 1 800 000 Zehnpfennigstücke dem freien Verkehr zurückgegeben werden konnten.

Nur geringer Erfolg scheint anfangs den Maßnahmen zur Bekämpfung des Hamsterns beschieden gewesen zu sein. Obwohl die Presse und die öffentlichen Stellen unausgeseht bemüht waren, durch Aufklärung der Bevölkerung dem Übel abzuwehren — so hat z. B. die Kreisregierung die Ortsbehörden mehrfach angewiesen, unter Heranziehung der Lehrerschaft und der Geistlichkeit einen Aufklärungsdienst zu schaffen — ist lange Zeit alles beim Alten geblieben. Es ist dies verständlich, wenn man sich des alten Erfahrungssatzes erinnert, daß nichts schwerer fällt, als die Beseitigung eines tief eingewurzelteten Mißtrauens durch bloße Worte und Ermahnungen. Eine Besserung trat, wie bereits angegeben, erst ein, als die Reichsregierung anfangs Mai 1917 das Publikum durch die drastische Ankündigung erschreckte, es stehe die kurzfristige Außerkurssetzung des Nickel- und Silbergeldes bevor. Die städtische Sparkasse Fürth i. B. hat damals für solche, die sich gemieren, die Einrichtung getroffen, daß die Einzahlungen mittels Hartgeldes bei ihr in einem abgesonderten Raum vollständig unbeobachtet erfolgen konnten.

Von den Bestrebungen zur Verminderung des Bedarfs an Geldzeichen waren nur von geringer Bedeutung die vielen kleinen Notbehelfe, wie die Aufrundung der Zahlungen (Löhne, Kriegsfürsorgeunterstützungen usw.) auf glatte Beträge, das System der Vorausbezahlung durch Anrechnung der

Ankäufe auf einen im voraus erlegten größeren runden Geldbetrag, die Einführung von 50 Pfg.-Zahrscheinern bei der Straßenbahn Nürnberg-Fürth u. dgl. m. Das Hauptmittel für die Zurückdrängung der Barzahlungen bildet bekanntermaßen die Förderung der verschiedenartigen Methoden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in welcher Hinsicht bei uns noch viel zu leisten ist, wenn man bedenkt, daß nach dem Urteil von Sachkennern in Deutschland zur Abwicklung des geschäftlichen Verkehrs noch 9—15 mal mehr Bargeld erforderlich ist, als in England z. B. Die Reichsbank wirkte auch im Kriege hin auf die Beschränkung der Barzahlung auf das niedrigstmögliche Maß und den Ersatz der Barzahlung durch Scheck und Überweisung. Als Maßnahmen dieser Art aus dem Zeitraum 1914 bis 1917 seien nur genannt der Anschluß der sämtlichen selbständigen Reichsbankanstalten an den Postscheckverkehr durch Eröffnung von Konten mit dem 1. Juli 1916, die hieraus sich ergebende erhebliche Ermäßigung der Gebührensätze der Reichsbank im Postscheckverkehr, die Aufhebung des Scheckstempels am 1. Oktober 1916 durch Art. 1 Ziff. 1 des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916, die Herabsetzung der auf Postscheckkonto zu haltenden Mindeststammeinlage von 50 auf 25 Mk. durch das Gesetz betr. Änderung des Postscheckgesetzes vom 30. Mai 1917.

C. Die Papiergeldkrisis 1918/19.

Die ungünstige Wendung der militärischen Lage, der Abfall unserer Bundesgenossen, die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, und die Revolution in Verbindung mit der immer mehr überhandnehmenden Furcht vor inneren Unruhen waren es, die im Herbst 1918 im deutschen Volk jenen Grad von Nervosität erzeugten, der die Ursache bildete für die wohl schwerste Belastungsprobe, die das deutsche Zahlungsmittelwesen je auszuhalten hatte. Den Höhepunkt erreichte die Krisis, die unglücklicherweise im Anschluß an den an sich schon ungewöhnlich großen Ultimobedarf des September einsetzte, in den Monaten Oktober und November 1918. Es trat damals mit fast elementarer Gewalt ein Mangel an kleinen Noten und in geringerem Maße auch an Scheidemünzen auf, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte und der bei der allgemeinen Kopfschüttelung, namentlich auch der besitzenden Klassen, zu den schwersten Befürchtungen Anlaß geben mußte.

Den Ausgangspunkt für den Notstand bildeten wohl die deutschen Landesteile im Westen, die mit dem Einmarsch der Entente zu rechnen hatten. Ein Teil der dortigen Bevölkerung glaubte für den möglichen Fall einer Wohnsitzverlegung große Geldmittel bereithalten zu müssen; andere wieder hielten es für gut, Depots und sonstige Gelder ins Innere Deutschlands zu verlegen. Bald griff das Abheben der Depositen und Spargelder und das Hamstern von Banknoten, für das im Gegensatz zu der Theaurierung von Hartgeld, das vornehmlich auf dem Lande in Übung gewesen zu sein scheint, in erster Linie die kapitalträchtigen Bewohner der Städte verantwortlich sein dürften, auch auf das übrige Reichsgebiet über. Die Reichsbank, die ursprünglich meinte, es handle sich nur um eine Art lokaler Krisis im westlichen Industriegebiet, wurde bald durch die Tatsachen von der Unhaltbarkeit ihrer optimistischen Auffassung überzeugt. Mit der Zunahme der allgemeinen Beunruhigung über die Gestaltung der nächsten Tage und Wochen gingen weite Kreise der Bevölkerung überall im Reich dazu über, Zahlungsmittel in immer größerem Umfange aufzuspeichern, ohne durch ein wirtschaftliches Bedürfnis dazu genötigt zu sein. Von den 70 Millionen Mk. Noten der Bayerischen Notenbank soll zeitweise nur 1 Million Mk. in Umlauf gewesen sein. Der fortschreitende Mangel an Zahlungsmitteln zwang selbstverständlich auch viele, die erreichbaren Gelder für ihre Zwecke zurückzuhalten. So berichtete z. B. eine hiesige Staatsstelle, es sei ihr nur durch das Zurücklegen der während des Monats eingegangenen Summen möglich geworden, die zur Auszahlung der Gehälter und Pensionen am Monatsende benötigten Beträge verfügbar zu machen.

Später kam dann der Schmuggel rot abgestempelter Noten nach Belgien zum Zwecke der Erzielung von Salutagerinnen hinzu. Im neuen Jahre slaute dann die Zahlungsmittelkrisis beträchtlich ab. Wohl fehlte es auch damals noch mitunter an größeren Noten; der für die Krisis des Jahres 1918 charakteristische Mangel an Noten unter 100 Mk. war indessen Ende Januar 1919 so ziemlich wieder behoben.

In der Industriestadt Nürnberg, wo der Mangel an Reichsfahrscheinern und kleinen Noten besonders am Wochen- und Monatsende einen außerordentlichen Umfang annahm, war in der kritischen Zeit die Auszahlung der Löhne und Gehälter trotz aller Bemühungen nur zum Teile möglich. Für den Rest sind die Leute mit Gutscheinen abgefunden worden. Das Nürnberger Stadtoberhaupt erklärte, einer Zeitungsmitteilung zufolge, am 29. Oktober 1918, die städtischen Kassen seien leer, so daß die Auszahlung der Gehälter und Löhne am 1. November fast unmöglich sein werde. Tatsächlich ist auch die Auszahlung der einmaligen Feuerungszulage an die städtischen Beamten und Arbeiter im November 1918 durch die technische Unmöglichkeit der Beschaffung

der erforderlichen Geldzeichen erheblich verzögert worden, so daß ein Teil der städtischen Arbeiterschaft für den Fall einer weiteren Hinausschiebung des Auszahlungstermins mit dem Streik drohte. Auch einzelne Staatskassen sollen nicht in der Lage gewesen sein, die Beamtengehälter voll auszubehalten. Der Bayerischen Staatsbank sollen an einem gewissen Tage nur 100 000 Mk. an baren Mitteln zugeteilt worden sein, und die Einlösung eines Schecks über 40 000 Mk. machte damals einen 4 maligen Besuch der Reichsbankhauptstelle erforderlich. Eine der leistungsfähigsten hiesigen Großbanken berichtete am 1. November 1918, es sei ihr in der laufenden Woche zwar unter Ausnutzung aller Möglichkeiten gelungen, die dringendsten Wünsche von Industrie und Handel zu befriedigen, in der nächsten Woche aber, in der schon wegen der rückständigen Löhne und Gehälter eine große Nachfrage nach Zahlungsmitteln zu erwarten sei, müßte bei weiterem Verlagen der Reichsbank, da auch der sonst lebhafteste übrige Eingang an Geldzeichen völlig ins Stocken geraten sei, der Kassabetrieb geschlossen werden. Noch am 9. Dezember gab die hiesige Reichsbankhauptstelle auf Anfrage den vielfachsten Bescheid, sie sei von den gewünschten kleinen Zahlungsmitteln gänzlich geräumt. Kennzeichen für die Bedrohlichkeit der Lage im Reich ist die Tatsache, daß die letzte Kriegaanleihe mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse im Zahlungsmittelverkehr 14 Tage später aufgelegt worden ist, als vorgesehen war.

Den besten Beweis für die beispiellose Erschütterung unseres Geldwesens bei Kriegsausgang liefern die Zahlen über die Inanspruchnahme der Reichsbank in den letzten 3 Monaten des Jahres 1918: Der Bestand des Zentralnoteninstituts an Scheidemünzen, der sich am 15. Juli 1918 auf nicht weniger als 121 Millionen Mark, am 23. Oktober noch auf 112 Millionen Mk. stellte, betrug 1 Woche später mit 53 Millionen Mk. nicht einmal mehr die Hälfte des Standes von damals, am 7. November mit 28 Millionen Mk. nur mehr $\frac{1}{4}$, am Jahresabschluß belief sich der Vorrat auf weniger als $\frac{1}{6}$ (20 Millionen Mk.). An Reichskassenscheinen besaß die Reichsbank am 23. November mit 3 Millionen Mk. noch knapp $\frac{1}{6}$ des Bestandes vom 15. Juli 1918 (19 Millionen Mk.). Einen über alle Annahmen und Berechnungen weit hinaus gehenden Umfang nahm der Notenumlauf an. An Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen liefen am 31. Dezember 1918: 32,4 Milliarden Mk. um, Ende 1917 dagegen nur die Hälfte (17,7 Milliarden Mk.). Die Zunahme an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen im freien Verkehr war im letzten Vierteljahr 1918 (+ 8,3 Milliarden Mk.) nicht weniger als siebenmal so groß als in den ersten 3 Monaten dieses Jahres (+ 1,2 Milliarden Mk.). Zu bedenken ist dabei noch, daß bei den unzureichenden Vorräten an papierenen Geldzeichen den Anforderungen des Verkehrs nur zum Teil entsprochen werden konnte.

Bei den Bestrebungen zur Bekämpfung der sich werten Zahlungsmittelkrisis im Jahre 1918 kam es wie früher vor allem an auf die Vermehrung der Umlaufsmittel, die Verminderung des Bedarfs an Bargeld, und auf die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Geldzeichen.

Man hat gegen das Reichsbankdirektorium in der Presse den Vorwurf erhoben, es habe sich in der Frage der Zahlungsmittelkalamität nicht nur von den Ereignissen überraschen lassen, sondern, als sie eingetreten waren, auch zu lange von ihnen treiben lassen. Allein, auch wenn die Anschuldigung im Kern berechtigt sein sollte, so darf doch nicht übersehen werden, in welcher schwierigen Lage sich unsere Finanzverwaltung in technischer Hinsicht im Herbst 1918 befand. Die Reichsbank hat sogleich nach dem Sichtbarwerden der Katastrophe mit der Herausgabe der vorsorglich angesammelten großen Reservebestände an papierenen Geldzeichen und der vorhandenen Reichsilbermünzen begonnen — an 50 Pfg., 3 sowie 5 Mk.-Stücken und namentlich an 1 Mk.-Stücken soll ein Betrag von über 100 Millionen Mk. wieder in Verkehr gegeben worden sein — es stieß aber der Bahnbauversand der Zahlungsmittel bei der allgemeinen Forderung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf erhebliche Schwierigkeiten. Ähnlich stand es um den Neudruck von Noten. Obwohl die Reichsdruckerei nach der Aussage des früheren bayerischen Finanzministers von Breunig in der bayerischen Abgeordnetenversammlung Tag und Nacht mit Anspannung aller Kräfte an der Herstellung neuer Banknoten arbeitete, so litt ihre Leistungsfähigkeit doch eben unter den in den vorausgegangenen Wochen erfolgten Einziehungen geschulter Facharbeiter und der Erkrankung von weiteren mehreren 100 Arbeitern an der Grippe. Später hat man übrigens auch Privatdruckereien zur Anfertigung von Noten herangezogen, obwohl dadurch bei der weniger guten technischen Ausstattung dieser Unternehmungen die Fälschungsgefahr an Bedeutung gewann. Am 23. Dezember 1918 konnte die Reichsbank bereits wieder erklären, die Anfertigung von Noten und Darlehenskassenscheinen sei in letzter Zeit so erheblich

gesteigert worden, daß bereits eine wesentliche Milderung der Zahlungsmittelknappheit erzielt sei. Das von westdeutschen Städten empfohlene Aus Hilfsmittel der Hergabe eines Teiles des in den Tresors der Reichsbank verwahrten Goldes konnte selbstverständlich nicht in Frage kommen.

Zur Steuerung der Zahlungsmittelnot schritt man bald zur Erweiterung des Notenausgaberechts der außer der Reichsbank noch bestehenden deutschen Privatnotenbanken mit begrenztem Notenumlauf, auch hat man diesen Noten den Charakter gesetzlicher Zahlungsmittel verliehen. So erhielt z. B. die bayerische Notenbank die Befugnis zugesprochen, an Stelle von bisher 70 Millionen Mk. ab 31. Oktober 94 Millionen Mk. und ab 20. November 1918 100 Millionen Mk. ihrer Noten insgesamt in den Verkehr zu bringen.

An Scheidemünzen sind außerhalb der im Münzgesetz bestimmten Grenze im Jahre 1918 zur Ausprägung zugelassen worden: 1. im August 5 Pfg.-Stücke aus Eisen bis zur Höhe von 10 Millionen Mk. (RGBl. S. 998), 2. zum Ersatz für einzuziehende 10 Pfg.-Stücke aus Nickel im Mai 10 Millionen Mk. und im Oktober 18 Millionen Mk. (RGBl. SS. 394 und 1232) 10 Pfg.-Stücke aus Zink, von denen die letztere Summe in Privatprägungsanstalten angefertigt werden sollte.

Zur Erschwerung der Verbringung deutschen Geldes ins Ausland wurde durch Bekanntmachung vom 18. Dezember 1918 (RGBl. S. 1440) bestimmt, daß bis auf weiteres deutsche Geldsorten, Reichskassenscheine, Banknoten und Darlehenskassenscheine innerhalb eines Kalendertags nur im Gesamtbetrage von höchstens 50 Mk., jedoch innerhalb eines Kalenderjahres nicht über den Gesamtbetrag von 150 Mk. hinaus nach dem Ausland verbracht oder versandt werden dürfen, auch versah man die neuen Reichsbanknoten zu 100 und 1000 Mk. zur Verhütung des Notenschmuggels nach Belgien mit einem grünen Sicherungsstempel an Stelle des bisherigen roten.

Von den Maßnahmen zur Verringerung des Bedarfs an Zahlungsmitteln verdienen besondere Beachtung die Bestrebungen der Reichsbank zur Vereinfachung der Zahlungsgewohnheiten. So wurde am 2. Mai 1918 die Zentralstelle zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Deutschen Reich gegründet mit der Aufgabe, aufklärend und werbend für die Ausbehnung dieser verfeinerten Zahlungsart zu wirken und die bereits vorhandenen diesbezüglichen Einrichtungen auszugestalten und zu verbessern. Zur Durchführung der für das ganze Reichsgebiet vorgesehenen neuen Organisation richtete die Reichsbank unter der Bezeichnung: „Reichsbank, Abteilung zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs“ ein besonderes Büro ein. Ende 1918 arbeiteten im Anschluß an die Zentralstelle 24 Landes- und 19 Provinzialstellen und nach dem Stande vom 15. März 1919 außerdem noch 572 Ortsgruppen. Neben dieser organisatorischen Neuerung wurde ferner auf eine Vereinfachung und Vereinfachung des bargeldlosen Verkehrs bei der Reichsbank und der Post hingewirkt.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes suchte man zu erhöhen durch Bekämpfung des Zeitübels der Hamsterei, die Rationierung der Zuteilung von Bargeld. Die Aufklärung der Bevölkerung und die Kontrolle der Kundschaft bei den Banken waren die Hauptmittel dafür. In Berlin haben die Banken noch im November die Auszahlungen im gewissen Umfange rationiert und auch in Nürnberg ist man in der kritischen Zeit so verfahren. Im Oktober erließen die Reichsbank, die Seehandlung, die preussische Zentralgenossenschaftskasse, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und die Berliner Stempelvereinigung gemeinsam ermahnende Aufrufe gegen die Notenhamsterei. Durch Bekanntmachung des Rates der Volksbeauftragten vom 5. November wurde versichert, daß eine Beschlagnahme der Bank- und Sparkassenguthaben und eine Annullierung der Kriegaanleihen nicht beabsichtigt sei. Erwähnt sei schließlich noch, daß die Inhaber verschlossener Depots bei Banken, Bankgeschäften, Sparkassen und Genossenschaften auf Veranlassung des Reichsbankdirektoriums allgemein zur Unterzeichnung einer Erklärung angehalten wurden, in der sie versicherten, daß deutsche Zahlungsmittel in ihren Schrankfächern nicht aufbewahrt werden. Der vielerorts empfohlene, aber wohl kaum als nützlich zu erachtende Vorschlag, alles Papiergeld binnen kurzer Frist zur Abstemmung aufzurufen und die nicht vorgelegten Stücke für ungültig zu erklären, scheint an den maßgebenden Stellen keine Gegenliebe gefunden zu haben, ebenso die weitere Anregung, den Zinssatz für tägliches Geld zwecks Herauslockens der Noten aus ihren Verstecken zu erhöhen.

Der 2. Teil dieser Abhandlung (über das „Kriegsnotgeld“) folgt in einer der nächsten Nummern der Monatsberichte.